

Kommandeur, ab 9. Februar 1915 Bataillonskommandeur. – Die Briefe wurden der Verfasserin vom Enkel des Majors, Volker Freiherr von Roman, Schernau, freundlicherweise für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt.

¹⁷ Vgl. Lang, Eva-Katharina: Das Kreuz von Saarb urg – ein Wunder inmitten des Krieges, in: Glaubenssache Krieg. Religiöse Motive auf Bildpostkarten des Ersten Weltkrieges. Hrsg. v. Heidrun Alzheimer, unter Mitarbeit von Stephanie Böß und Fred G. Rausch. Bad Windsheim 2009, S. 199-213.

¹⁸ Flade, Roland: Mit Gottes Hilfe in die Schlacht. Ausstellung und Buch über Bildpostkarten im Ersten Weltkrieg über die Ausstellung „Glaubenssache Krieg“, in: Main-Post, 17.4.2009, online-Ausgabe: <http://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/Mit-Gottes-Hilfe-in-die-Schlacht;art735,5076078> (Aufruf 18.1.2010).

¹⁹ Vgl. Wittenberg, Andreas F.: Die deutschen Gesang- und Gebetbücher für Soldaten und ihre Lieder (= Mainzer Hymnologische Studien, Bd. 23; zugl. phil. Diss. Bamberg 2009). Tübingen 2009, S. 359.

Nach der ‚Urkatastrophe‘ des 20. Jahrhunderts – Politische Kultur in Franken zwischen Erstem Weltkrieg und Krisenjahr 1923

von
Werner K. Blessing

1. Aufbruch in einen ‚heiligen Krieg‘

Am Nachmittag des 1. August 1914 wurde, wie überall im Deutschen Reich, in Bayreuth die Mobilmachung verkündet, auch von der Bühne des Festspielhauses, vor dem 3. Akt des ‚Parzival‘. Carl Muck dirigierte die Oper dennoch zu Ende – vor gelichteten Reihen und mit Lücken im Orchester, da junge Männer sogleich in ihre Garnisonen aufbrachen –, in einer Atmosphäre ungewöhnlicher Ergriffenheit. Die Erlösungsmystik dieser Oper wurde unmittelbar auf das eigene Volk bezogen: Der Gral erschien als ein Symbol deutschen Heils. Am nächsten Tag schrieb das ‚Bamberger Tagblatt‘: *„Klar zum Gefecht ... der Sturm bricht los. Schande über die, die in verbrecherischer Weise den Frieden brachen. Wenn es eine Vergeltung in der Weltgeschichte gibt, dann muß unsere Sache siegen.“* In den Bürgervierteln der fränkischen Städte strömten Freiwillige zu den Meldestellen, eine Welle der Hilfsbereitschaft erfaßte die Frauen. In der Fabrikstadt Hof hatte allerdings, wie in vielen Städten Europas, wenige Tage vorher eine große Friedensdemonstration der Sozialdemokratie die kriegsbereiten bürgerlichen Stimmen übertönt.

Als der Krieg doch ausbrach und die Truppen in der Augustsonne umjubelt auszogen, lag denn auch hier und andernorts über den Arbeitervierteln bedrückte Stille. Auch auf dem Land herrschte eine düstere Stimmung vor. Die Bauern waren mitten in der Ernte, für die sie alle Männer, alle Pferde brauchten, und sie fürchteten überhaupt seit je Kriege als oft verheerenden Einbruch.

Dennoch trugen zunächst alle Schichten diesen Krieg mit, auch die von Kaiser Wilhelm II. einst als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpften Arbeiter, da er Notwehr schien. Man glaubte durchweg an eine Verteidigung gegen Feinde, die Deutschland seit langem seinen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg neideten, ja ihm nun sein Existenzrecht bestritten. Überdies glaubte man an die Überlegenheit der deutschen Kultur über westliche Zivilisation und russische Barbarei. Die Deutschen hielten sich für moralisch wie militärisch besser, sie zogen in einen „heiligen Krieg“, überzeugt von ihrer gerechten Sache und eines raschen Erfolges gewiß. Ein Erlanger Professor, auch er Kriegsfreiwilliger, schrieb später im Rückblick auf 1914: *„Man konnte sich den*

Krieg nicht anders als siegreich vorstellen.“ Aufgewühlt drängten viele in die Kriegsgottesdienste wie in Nürnberg-Heiliggeist, wo – an einem Werktag-Abend – zweimal gepredigt werden mußte *„und jedesmal standen die Menschen in allen Gängen – annähernd viertausend Menschen ... die Abendmahlsfeier danach war die weitaus größte meiner Nürnberger Zeit ... Es waren Stunden urmächtigen Erlebens.“*

Bald wurden die ersten Siege gefeiert, und man erhielt markige Feldpostgrüße wie die eines Bamberger Magistratsrats, der jetzt als Hauptmann in Lothringen stand: *„Unter starkem Kanonendonner sende ich allen Herrn des Magistratscollegiums die besten Grüße.“* Oder es kamen beruhigende Karten wie die eines Landsturm-Unteroffiziers aus Belgien: *„Wir hätten es hier nicht besser treffen können. Täglich fährt ein Mann nach Lüttich, um Zigarren, Wurst und Wein zu kaufen. Ihr braucht uns also vorerst nichts zu schicken außer Zeitungen.“* In der Heimat – man sprach allgemein vom ‚Feld‘ und von der ‚Heimat‘ – einte der ‚Burgfrieden‘, den Wilhelm II. beschworen hatte, die weltanschaulichen Lager und politischen Parteien zur Notgemeinschaft. So verzichtete man etwa vor kommunalen Ersatzwahlen selbstverständlich auf jeden Wahlkampf. Die herrschende Haltung war heroisch, opferbereit und sittlich. Der Pfarrer von Unterrodach, dem Flößerdorf hinter Kronach, schrieb an seine Münchner Verwandten: *„Gott stellt unser Volk, in dem Zucht und Glauben schwinden, in die Bewährung. Wir gehen in eine eiserne Zeit.“*

2. Verstörende Kriegsnöte

Doch das hehre Kriegsbild bekam Risse. Die zunächst beeindruckende Präzision und Schlagkraft moderner Armeen führte in einen technisierten Vernichtungskampf. Auf sein Grauen waren die Soldaten nach vier Friedensjahrzehnten weder durch den Kasernendrill vorbereitet noch durch das Bild vom *„frischen, fröhlichen Krieg“* in Schulbüchern und Festreden zum Sedanstag. Nun brachte die Feldpost aus den Schützengräben andere Briefe: *„in unbeschreiblicher Sehnsucht nach der Heimat“*, *„im Feuersturm der Flammenwerfer“*, *„ich bete täglich um den Frieden“*.

Oder: *„Meine Lieben, teile euch mit, daß ich soeben das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten habe. Laßt es ins Tagblatt setzen. Geschrieben mit linker Hand, den rechten Arm hat das Eiserne Kreuz gekostet.“* Auch die Gefallenengedenken in den Zeitungen wuchsen rasch.

Zur Sorge um die Angehörigen im Feld kam die um den eigenen Lebensunterhalt. Da Deutschland 1914 zwar hochgerüstet, aber wirtschaftlich auf keinen jahrelangen Abnutzungskrieg vorbereitet war, weil die Fachleute aller Mächte mit einem kurzen Entscheidungskampf gerechnet hatten, beherrschte bald der Mangel den Alltag. Die Ernährung verschlechterte sich trotz strenger Rationierung – seit 1915 gab es erstmals Lebensmittelmarken – dramatisch. Denn eine britische Seeblockade brachte die Einfuhr von Lebensmitteln, Futtermitteln, Kunstdünger fast zum Erliegen, und die eigene Produktion ließ durch Erschöpfung der Böden, Übernutzung der Geräte und Gebäude und den Ausfall vieler Männer mit ihrer Kraft und ihrem Arbeitswissen stark nach. Der Bürgermeister von Untersteinach im Frankenstein etwa klagte: *„Jetzt stehen die Frauen vielfach allein. Sie kennen nicht die Fruchtfolgen und es muß geackert werden. Das können in unserem Dorf keine drei Frauen.“* Die Arbeitslast stieg allenthalben, oft bis zur Erschöpfung der schlecht ernährten Menschen. Denn das Massenheer – insgesamt wurden bis 1918 elf Millionen eingezogen – riß große Lücken und mußte zugleich mit Gütern und Diensten versorgt werden. Auch verschob der Krieg Einkommensverhältnisse, ja das Sozialgefüge. In der auf Rüstungsgüter umgestellten Metallindustrie, etwa in Schweinfurt und Nürnberg, auch in der Elektrobranche stiegen Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne rasch – manch' junger Facharbeiter warf provozierend mit Geld um sich –, während in der Textilindustrie Oberfrankens Kurzarbeit und Betriebseinstellungen die Arbeiter schwer bedrängten. Auch in Handwerk und Heimgewerbe öffnete sich eine Schere zwischen Nutznießern des Krieges wie der Korbflechterei um Lichtenfels, die massenhaft Geschloßkörbe herstellte, und Geschädigten wie dem Baugewerbe, das weitgehend stillstand, oder Handwerksbetrieben, die nach dem Soldatentod des Inhabers eingingen. Beamte hatten zwar si-

chere Stellen. Aber sie waren durch die Kriegs-bürokratie oft überlastet, und die Gehälter blieben hinter der Geldentwertung immer mehr zurück.

Wie auch jeweils die Lage war, alle verbanden drei Erfahrungen. Das eine waren die Erschütterung vertrauter Lebensumstände und ganz ungewohnte Zwänge, besonders durch einen beispiellosen Wirtschaftsdirigismus, mit dem der Staat, um alle Ressourcen für die Entscheidung im Feld und das Überleben in der Heimat zu mobilisieren, seit 1916 Rohstoffe und Arbeitskräfte, Produktion und Konsum lenkte. Zweitens untergruben soziale Konflikte den ‚Burgfrieden‘, vor allem die Verbitterung zwischen Bauern und Konsumenten in der Stadt. Jene erfüllten häufig ihre Abgabepflicht nicht, diese bedrängten als Hamsterer die Dörfer wie Nürnberger, die an Sonntagen aus überfüllten Zügen auf die Felder bis Forchheim und Bamberg ausschwärzten. Drittens verfielen herkömmliche Werte wie Redlichkeit und Rücksicht, was besonders der unter dem gelenkten Mangel blühende Schwarzmarkt zeigte.

Aus dem siegesfrohen Aufbruch 1914 wurde bestenfalls zähes Durchhalten. Schon Anfang 1916 berichtete der Regierungspräsident von Oberfranken nach München, daß „*die erste Kriegsbegeisterung längst verschwunden ist und bei jedermann ein sehnliches Verlangen nach Frieden besteht*“; der ‚vaterländische‘ Appell, Kriegsanleihen zu zeichnen, fand immer weniger Echo. Obwohl die Bevölkerung größte Opfer brachte und die Wirtschaft 1917 noch einmal erstaunlich gesteigert werden konnte, gelang an der entscheidenden Westfront kein Durchbruch zum erhofften Sieg. Als zur Überlastung die Enttäuschung kam, wich die Kriegsbereitschaft trotz massiver Durchhaltepropaganda steigender Kriegsmüdigkeit. Sie verschärfte sich vor allem in den unteren Schichten bis zur Kriegsverweigerung, die offenen Protest auslösen konnte. Hungerkrawalle mehrten sich wie in Hof: Vor dem Rathaus verlangten an die 1.000 Menschen, vorwiegend Frauen, die in erster Linie die Nahrungssorgen trugen, höhere Brot- und Fettkrationen, aber riefen auch „*Macht Schluß mit dem Krieg, der Schwindel soll aufhören, gebt uns unsere Männer heraus*.“ Im Fichtelgebirge wurden

Kriegsgewinnler, die üppig kurten, von Frauen mit Schirmen attackiert. Vor allem nahmen Streiks zu, obwohl sie im Krieg verboten waren; der größte im Januar 1918, dem Nürnberger Metallarbeiter zahlreich folgten, sollte reichsweit die Regierung zu Friedensverhandlungen drängen. Beamte und Geistliche verbreiteten von Amts wegen Siegeshoffnung wie der Pfarrer von Mögeldorf, der noch im August 1918 seinen Kirchenvorstand aufrief, „*christliche Zuversicht auf Gottes Durchhilfe*“ zu verbreiten. Doch immer mehr ersehnten Frieden um jeden Preis – zumal im Herbst eine schwere Grippeepidemie wütete, die binnen weniger Wochen in Nürnberg über 1.000, aber etwa auch im kleinen Selb 120 Menschen hinwegraffte. Unter solchen Bedrängnissen verfiel die Autorität der Obrigkeit rapide.

3. Die abgebrochene Revolution

Friedenssehnsucht und Autoritätsverfall ermöglichten im November 1918 ein grundstürzendes Ereignis. In München putschte am 7. November unter der Führung von Kurt Eisner, dem Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) in Bayern, die sich 1917 über der Haltung zum Krieg von der SPD links abgespalten hatte, eine kleine Schar von Intellektuellen, Arbeitern und Soldaten. Mit einem nicht eben großen Anhang aus der Arbeiterschaft der Hauptstadt konnte sie die Monarchie stürzen: „*Die Bayerische Republik wird hierdurch proklamiert ... Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt*“, als erste im Reich – und nach über 700 Jahren Herrschaft im Land.

Diese Herrschaft war so, wie man sie vor einem Jahrhundert, 1818, verfaßt hatte, durch die gesellschaftliche Entwicklung im Industriezeitalter zweifellos überholt. Wie die meisten Fürsten im Reich hatte sich König Ludwig III. selbst angesichts der vollen Loyalität von Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Krieg nicht zu der Reform durchringen können, welche die Arbeiterschaft und ein Großteil des Bürgertums endlich erwarteten: die Umwandlung der konstitutionellen Monarchie mit ihrem nur vom König abhängigen Kabinett in eine parlamentarische, wo der Landtag die Regierung bildet und kontrolliert – so wie in Eng-

land und den skandinavischen Ländern bis heute. Erst Anfang November 1918 erfolgte dieser Schritt unter dem Druck anschwellender Proteste überstürzt doch. Nun war es zu spät. Aber die Monarchie an sich, als Staatsform, bejahte die Mehrheit im Land nach wie vor. Ihr Sturz war nicht von einer breiten Bewegung gewollt, gar vorbereitet. Er war durch den Überdruß am Krieg möglich geworden, weil niemand in der allgemeinen Erschöpfung und der Erregung über den erwarteten Waffenstillstand wirksam Widerstand leistete. Die Stützen des Thrones, wie es konventionell hieß, Adel und Offizierkorps, hohe Beamtschaft und Männer der konservativen Gesellschaft, sie versagten alle. Die Verwaltung fügte sich im ganzen Land sogleich der neuen, rasch in lokalen Arbeiter- und Soldatenräten formierten Macht. „*Die eingetretene Umwälzung*“, so meldete der Regierungspräsident von Oberfranken nach München, „*hat sich in der Hauptsache ruhig vollzogen. Die Behörden haben sich überall auf den Boden der Tatsachen gestellt und ohne Unterbrechung im Interesse der Allgemeinheit weitergearbeitet.*“

Zukunftsentscheidend war, daß vom politischen Umsturz in Deutschland keine gesellschaftliche Umwälzung ausging wie 1789 beim Modell der modernen Revolution, der Französischen, und eben erst radikal in der Russischen der Bolschewiki. Die ausschlaggebende Kraft, die Mehrheit der Sozialdemokratie, der die Macht in den Schoß gefallen war, wollte Reformen in der bestehenden Gesellschaft. So suchte sie die Revolution zu zähmen. Gegen die von der entschiedenen Linken angestrebte Räterepublik mit einer Klassenherrschaft des Proletariats setzte sie die parlamentarische Demokratie durch, eine pluralistische Ordnung westlicher Art. Die neue bayrische Verfassung, die sogenannte Bamberger Verfassung, war denn auch ein Kompromiß zwischen ihr und bürgerlichen Parteien, so wie die Weimarer Reichsverfassung, an die sie sich anlehnte. Sie entstand in der fränkischen Bischofsstadt, der vorübergehenden Hauptstadt, weil Regierung und Landtag dorthin auswichen, als sich in München für ein paar Wochen eine Räteherrschaft durchsetzte. Gegen sie wurden von Bamberg aus Freikorps geworben, auch von den Kanzeln des Landes: „*In*

München rast der russische Terror, entfesselt von landfremden Elementen. Diese Schmach Bayerns darf keinen Tag ... weiter bestehen. Hierzu müssen alle Bayern helfen, ohne Unterschied der Partei.“ Bei der Eroberung der Hauptstadt folgte freilich dem roten Terror, der das Bürgertum verstört hatte, ein weißer, der die Arbeiter schockierte. Sie hatte bereits vorher die Ermordung Eisners aus der rechtsradikalen Szene empört. All' dies riß tiefe Gräben auf und wirkte traumatisch nach.

Auch Bayerns veränderte Stellung in Deutschland barg Konflikte. Zwar behielt es wie alle Länder seine Staatlichkeit mit eigener Verfassung, aber verlor durch die unitarische Weimarer Verfassung erhebliche Kompetenzen an das Reich. Man sah dies am Verlust gewichtiger Sonderrechte – eigene Armee, eigene Bahn, eigene Post – und spürte es bei den Finanzen: Das Kaiserreich war, wie man sagte, ‚Kostgänger der Länder‘ gewesen, die über die ertragreichen Steuern verfügt hatten, nun wurden diese Länder zu ‚Kostgängern des Reiches‘, das die großen Steuern an sich zog, wurden abhängig von seinen Zuschüssen. Eine Wiedererweiterung des politischen und finanziellen Spielraums wurde ein Hauptziel der bayerischen Regierung, das bis in die späte Weimarer Republik immer wieder Spannungen mit Berlin schuf. Allerdings grollte man in Franken weniger über die stärkere ‚Verreichung‘ als in Altbayern mit seinem oft schroffen Föderalismus. Denn hier herrschte ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein vor. Es gründete in dem regen Reichspatriotismus des 17. und 18. Jahrhunderts, der die vielherrige Territorienwelt des Fränkischen Kreises überwölbt hatte. Besonders die lutherischen Gebiete verband der Nationalprotestantismus kulturell mit Mittel- und Norddeutschland.

Eine Hochburg nationaler Gesinnung kam 1920 mit dem Coburger Land zu Bayern. In dem ehemaligen Herzogtum, das für eine selbständige Zukunft zu klein war, hatte 1919 die große Mehrheit nicht für den Anschluß an das Land Thüringen gestimmt, in dem die anderen ehemaligen Fürstentümer der ernestinischen Wettiner aufgingen, sondern für Bayern. Man stand Franken in Sprache und Volkskultur nahe, war ihm wirtschaftlich verbunden – und Bayern bot in der Nachkriegsnot die bessere

Nahrungsversorgung. Zudem blieben die bedeutenden Kultureinrichtungen der ehemaligen Residenzstadt als ‚Coburger Landesstiftung‘ erhalten. Es war für das Anfang des 19. Jahrhunderts, im napoleonischen Umbruch Europas, entstandene Staatsbayern die einzige Gebietserweiterung von Belang. Daß dieser Anschluß den Coburgern 25 Jahre später die Besetzung durch die Rote Armee und dann 40 Jahre DDR ersparen sollte, ahnte damals niemand.

Die Politische Kultur im Nachkriegsbayern erscheint, anders als vor dem Krieg, tief zerklüftet. Denn die Revolution war ohne breite Basis gewesen, aber sie schuf auch, da nach dem politischen Umsturz abgebrochen, keine neue Gesellschaft. So konnte sie keinen Konsens stiften; sie spaltete das Land in Gewinner und Verlierer. Außerdem entzweite der schwere Druck der Kriegsniederlage, ein mentaler wie materieller, durch gegenseitige Schuldzuweisungen der politischen Lager die Bevölkerung. Besonders die blutig niedergeschlagene Rätereublik in der Landeshauptstadt hinterließ, wie gesagt, Verstörung und Haß. Daher war die in den Wirren von Revolution und Gegenrevolution entstandene Weimarer Demokratie in Bayern von Anfang an mit scharfen Gegensätzen belastet. Konträre Erfahrungen bedingten höchst unterschiedliche Erwartungen und Befürchtungen, Mißtrauen vergiftete die öffentliche Sphäre. Die neue Ordnung blieb zwischen Gegnern von rechts und links schwach.

Auf der einen Seite hingen der Adel, der in Franken noch weitreichende Meinungsmacht besaß, ein Großteil der Bauern und viele im Bürgertum weiter an der Monarchie. Die neue Ordnung wurde, da sie auf einem Bruch historischen Rechts beruhte, bestenfalls geduldet, aber nicht akzeptiert. Andererseits waren viele Arbeiter von der abgebrochenen Revolution enttäuscht. Zwar hatte sie die Republik gebracht und ein auf allen Ebenen allgemeines gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen. Die ‚November-Errungenschaften‘ boten seit langem geforderte soziale Verbesserungen – vor allem den Acht-Stunden-Arbeitstag und ein generelles Koalitions- und Streikrecht, das die Gewerkschaften voll ins Recht setzte, – sowie mehr Einkommen und Fürsorgeleistungen. Aber eine Sozialisierung von Banken und

Fabriken kam nicht, und die Eliten des Kaiserreichs – Adel, Offizierskaste, Schwerindustrie, hohe Beamte – blieben nicht nur in ihrer gesellschaftlichen Stellung ungebrochen, sondern behielten auch politischen Einfluß.

4. Bürgerkrieg: Der Kapp-Putsch

Der im Umbruch 1918/19 verschärfte Gegensatz der Orientierungen und Interessen, durch den der Bürgerkrieg auch nach der Niederschlagung der Rätereublik latent blieb, entlud sich schon 1920 erneut. Der reaktionäre Kapp-Putsch, der mit dem Sturz der parlamentarischen Regierung in Berlin die demokratische Verfassung des Reiches wieder beseitigen sollte, fand auch in Franken unter Offizieren und in Bürgerkreisen Zustimmung – dort, wo man die militärische Niederlage 1918 dem ‚Dolchstoß‘ der sozialistischen Revolution in den Rücken des unbesiegten Heeres zuschrieb. Er brach allerdings durch einen reichsweiten Generalstreik und durch den Boykott der Beamten rasch zusammen. Doch wie in mehreren Industriegebieten des Reiches hatte er auch in Teilen Frankens ein Nachspiel, vor allem im Hofer Raum, wo die Sozialdemokraten bei der Spaltung der Partei 1917 in engem Kontakt mit Sachsen größtenteils nach links, zur USPD, gegangen waren wie sonst nirgends in Bayern. Hier kehrten viele Arbeiter nicht in die Fabriken zurück. Sie wollten, einmal mobilisiert, den Umsturz von 1918 doch noch zu einer Revolution, zur gesellschaftlichen Umwälzung weiterreiben. Jetzt entscheide sich, so ein Flugblatt aus Hof, *„ob das Proletariat sein Geschick selbst lenken wird oder ob wir wie bisher Frondienste leisten und uns der reaktionären Bevormundung unterordnen sollen.“* Ein Provisorischer Vollzugsausschuß der USPD und der KPD, in dem sich die Bewegung organisierte, appellierte an das *„revolutionäre Proletariat von Hof und Umgebung ... Steht in Massen auf, die Reaktion ein für allemal aus Deutschland zu verjagen! Alle Räder stehen still! Rüstet Euch zum Widerstand!“* und forderte: *„Rücktritt der Regierungen in Reich und Staat; Bildung rein sozialistischer Regierungen; sofortige Auflösung der Reichswehr und Bildung einer Volkswehr; ... Entfernung aller reaktionären Beamten, Bestrafung aller reaktionären Offiziere;*

sofortige Sozialisierung der Bergwerke und sonst geeigneter Industrien; Planwirtschaft auf dem Gebiete der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung; sofortige Aufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland; vollständige Gleichberechtigung der Betriebsräte mit den Unternehmern in der Leitung der Betriebe.“ In Hof und mehreren Orten zwischen Naila und Marktredwitz entwaffneten Arbeiter die von Bürgern und Bauern gegen die Revolution gebildeten Einwohnerwehren, Arbeiterräte bemächtigten sich wieder der öffentlichen Gewalt. Doch an Militär und Chiemgauer Einwohnerwehren scheiterte auch dieser Aufruhr gegen die politische Entscheidung von 1918/19. Aber die beiden so gegensätzlichen Versuche, sie zu revidieren, zeigten drastisch, wie labil die neue Ordnung in einer zerrissenen Gesellschaft war.

Aus den Wirren des Frühjahrs 1920, über denen der sozialdemokratische Ministerpräsident Johannes Hoffmann stürzte, der Bayern von der abgebrochenen Revolution zum parlamentarischen Alltag geführt hatte, ging die konservative Regierung des Ritters von Kahr hervor. Er beherrschte die Staatspolitik bis Ende 1923. Diese Wende entsprach gewiß der bürgerlich-bürgerlichen Mehrheitsgesinnung im Land. Aber Kahr agierte reaktionär und stützte sich auf die ‚vaterländischen‘ Verbände, auf ein militant antidemokratisches Milieu mit nationalistischen und völkischen Grundsätzen. Zudem brachte er Bayern in einen Dauerkonflikt mit dem Reich. Beides ließ die vorwiegend sozialdemokratisch ausgerichtete Arbeiterschaft nun auch in der Staatsführung einen Gegner sehen; sie fühlte sich von den politisch und gesellschaftlich Herrschenden eingekreist. Indem durch Kahr die Auseinandersetzung zwischen Föderalismus und Unitarismus mit offenkundigem Widerwillen gegen die Weimarer Demokratie verbunden wurde und dies auch nach 1923 in der bayerischen Politik nachwirkte, schienen diesen Arbeitern föderale Interessen und Klasseninteressen fatal verquickt. Besonders in Franken, wo ihr Schwerpunkt lag, schadete das dem Bild Münchens und verlor Bayern an Akzeptanz. Der Kapp-Putsch und das, was er auslöste, verschärfte in mehrfacher Weise den Gegensatz

zwischen ‚bürgerlichem Lager‘ und sozialdemokratischem Milieu.

5. Die Formierung der politischen Lager

Sichtbar wurde die Polarisierung im Flaggenstreit. Er führte überall im Reich ständig vor, wie umstritten die Weimarer Republik war. Zu den offiziellen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold bekannten sich nur die Parteien der ‚Weimarer Koalition‘, aus deren Kompromiß die neue Ordnung entstanden war: Sozialdemokratie, Linksliberale und das Zentrum, der Politische Katholizismus außerhalb Bayerns. Seine konservativere Schwester, die Bayerische Volkspartei, zog sich lieber auf die weiß-blauen Rauten zurück, die ihren Bavarismus demonstrierten. Die bürgerliche Rechte hielt meist am Schwarz-Weiß-Rot des Kaiserreichs fest. Dazu herrschte ganz links Rot, bei den völkischen Rechtsradikalen drang das Hakenkreuz vor. An den Farben, die bei öffentlichen Feiern und politischen Kundgebungen überwogen, erkannte man die vorherrschende Gesinnung. In Würzburg und Bamberg dominierten die bayerischen Fahnen, in Coburg, Ansbach, Erlangen, Bayreuth die alten Reichsfarben – wo Schwarz-Rot-Gold hing, konnte man schon einmal hören: *„Runter mit dem Schmachfetzen; hier wohnen wohl Juden!“* –, in Nürnberg hingegen, in Schweinfurt und Hof sah man daneben viele Weimarer Fahnen, aber auch immer wieder rote, unter denen mancher junge Arbeiter provokant den Sowjetstern trug. Zur dissonanten Bekenntniskulisse gehörten paramilitärische Bünde, die zuerst, gegen die Revolution und die neue Macht der Sozialisten, von den ‚vaterländischen‘ deutschnationalen und völkischen Kreisen organisiert wurden und dann auch von den anderen Lagern. Sie trugen die Politik auf die Straße. Zahllose Aufmärsche in geschlossener Formation, möglichst uniformiert, mit Marschmusik und heroischem Ritual, demonstrierten grell die Fronten quer durch die junge Republik.

Ideologiefixiert waren auch die Parteien – mehr, als es ein parlamentarisches Regierungssystem mit seinem Zwang zum Kompromiß vertrug. Uneingeschränkt zum neuen Staat bekannte sich nur die linksliberale Deut-

sche Demokratische Partei, die mit dem Nürnberger Oberbürgermeister Luppe einen bedeutenden Vertreter demokratischer Politik im Weimarer Sinn besaß. Doch nach einem anfangs breiten Erfolg vorwiegend im protestantischen Bürgertum verlor sie bereits ab 1920 stark an Gewicht. Die Deutschnationale Volkspartei, eine hauptsächlich von Bauern und Bürgern im protestantischen Mittelfranken und Ostoberfranken gewählte rechtskonservative Sammlung, lehnte die Republik als Frucht der Revolution grundsätzlich ab. Doch sie beteiligte sich seit 1922 an der bayerischen Regierung, die dadurch nach rechts gezogen wurde. Die Bayerische Volkspartei, die Mehrheitspartei im katholischen Unterfranken und Westoberfranken, die diese Regierung von 1920 bis 1933 führte, nahm den Weimarer Staat zwar hin, aber wollte gleichfalls – wie das Bamberger Volksblatt 1924 schrieb – in die „schöne Zeit“ zurück, „als König und Volk Bayerns in Liebe und Treue vereint, die Zeiten durchlebten, die ihnen Gott bescherte.“ Denn für einen König sei Politik eine „ideale Aufgabe zur Wohlfahrt des Volkes“, nicht nur „Geschäft und Spekulation“ der Parteien. Aber auch viele Sozialdemokraten, die in den Industriestädten Nürnberg, Fürth, Schweinfurt, Hof und im gesamten Nordosten Oberfrankens dominierten, befriedigte der Weimarer Kompromiß mit der bürgerlichen Gesellschaft nicht: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel.“ Die USPD lehnte ihn weitgehend ab. Da in dieser Konstellation die weitaus stärkste Kraft in Bayern, die BVP, sich dauerhaft nach rechts band, fanden sie und die – nach der Wiedervereinigung mit der USPD 1922 – halb so große SPD, die beiden zumindest pragmatisch demokratiegemäßen Parteien, bis 1933 zu keiner Zusammenarbeit, wie sie Sozialdemokratie und Zentrum in Preußen fast die gesamte Weimarer gelang. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich Bayerns politische Kultur weniger polarisiert als dort. Nun war sie besonders spannungsreich.

6. Das Krisenjahr 1923

Die Konflikte kulminierten 1923, aber wurden dann auch in ihrer Spitze gebrochen und für ein Jahr fünf gedämpft. Denn in diesem Jahr steigerten sich dramatische politische

Konflikte und rapider ökonomischer Verfall wechselseitig. Bereits 1922 war, obwohl es keine Wahlen gab, die politische Auseinandersetzung mit Versammlungen und Straßenauftritten verstärkt in die Bevölkerung getragen worden. Die aggressive Demonstration wurde mehr denn je mit scharfen Reden und Zeitungsartikeln zum gängigen Mittel der Propaganda, mitunter auch mit Fäusten oder Waffen. Das ließ die Öffentlichkeit zu einer Kampfarena hauptsächlich zwischen den Parteien der Rechten und den Sozialdemokraten werden.

Zur politischen Erregung kamen wirtschaftliche Nöte und Ängste: Die seit dem Krieg wirkende Geldentwertung steigerte sich zu einer verheerenden Hyperinflation. Arbeitern drohte Hunger, da die Preise den Löhnen davonzuliefen, an Beständigkeit gewohnte Beamte sahen, als die Ersparnisse zusammenschmolzen, ihre Lebensplanung und die Zukunft der Kinder – das Studium der Söhne, die Aussteuer der Töchter – wanken, im gewerblichen Mittelstand fürchteten viele, deren Absatz tief einbrach, um die Existenz. Geldvermögen jeder Art, auch die wohltätiger Stiftungen, wurden vernichtet, dagegen Sachwertbesitzer – Unternehmer, Mietshauseigentümer, die mit Hypotheken oft überlasteten Landwirte – entschuldet. Außerdem strichen manche Spekulanten enorme Gewinne ein. Allenthalben verloren so gewohnte materielle Umstände bestürzend an Geltung. Das entwertete auch herkömmliche Regeln, lockerte Moral und Verhalten. Die Sicherheit verfiel, „raffinierte Einbrüche, Bandendiebstähle, Überfälle“ häuften sich. Auch der Antisemitismus schwoll an, da vor allem für den Mittelstand, der sich von Warenhäusern, Großhandel, Fabriken in jüdischer Hand bedroht fühlte, Juden zum Sündenbock wurden. Der Bezirksamtmann von Wunsiedel klagte im November 1922 über den Verfall seit 1914: „Damals ein begeistertes, zu allen Opfern bereits und vor allem einiges Volk, jetzt eine in allen Kreisen zerrissene, zum Teil gleichgültige, im Bürger- Bauern- und Gewerbestände verderbte, nur den Profitmöglichkeiten des Tages ergebene Bevölkerung ..., der eine sehr hohe Zahl von in jahrelanger verderblicher ... Arbeit verhetzter Volksgenossen gegenüber steht, die ihr Heil nur in der

kommunistisch-bolschewistischen Weltordnung sieht.“

In dieser labilen, konfliktschwangeren Situation blühten Gerüchte, die Monarchie solle gewaltsam wiedererrichtet werden. In Hof wurden die Arbeiter zur Verteidigung der Republik aufgerufen, und ein Putsch des Kronprinzen Rupprecht schien auch außerhalb Bayerns so naheliegend, daß sich Hamburger Kaufleute bei Hofer Geschäftsfreunden bereits telephonisch nach dem Verlauf erkundigten. Tatsächlich aber gipfelte das Jahr im Putsch Hitlers. Dieser hatte im Oktober 1922 beim 3. „Deutschen Tag“ der nationalen Rechten aus Deutschland, Österreich und dem Sudetenland in Coburg mit rund 800 Anhängern seinen ersten großen Auftritt außerhalb Oberbayerns gehabt. Die „Feuertaufe“ der SA in einer Straßenschlacht mit Arbeitern, die reichsweit Aufsehen erregte, wurde zum Durchbruchsmythos seiner Bewegung. Rasch entstanden in den folgenden Monaten Ortsgruppen von Nürnberg bis in Kleinstädte wie Kronach. Zahlreiche antisemitische Versammlungen zogen vor allem Junge so an, daß Säle gesperrt werden mußten, wobei es häufig zu Schlägereien mit Sozialdemokraten und Kommunisten kam. Darüber hinaus erschienen eigene Zeitungen. Die Nationalsozialisten nutzten am geschicktesten die empörte Volksstimmung nach der Besetzung des Ruhrgebiets Anfang 1923 durch Frankreich und Belgien, gegen die in den Städten Tausende mit Trauerkundgebungen protestierten und die von der Presse monatelang wach gehalten wurde. Überhaupt drängten die Hitler-Leute vielerorts ins Zentrum ‚vaterländischer‘ Kundgebungen, übertrafen, von keiner Bürgermoral gehemmt, andere völkische Gruppen mit der Schärfe ihres Nationalismus und Rassismus und gewannen im Krisenerleben dieses Jahres den stärksten Zulauf. Bald waren sie in ganz Franken präsent.

Das reizte Sozialdemokraten und Kommunisten zu verstärkter Abwehr. Stimuliert, teilweise auch direkt angeleitet durch die Mobilisierung der Linken in Sachsen und Thüringen, wo Massennot und politischer Kampf mächtig erregten, bildeten sich vom Coburger Land aus und weit nach Süden Arbeiterwehren. Wenn der Regierungspräsident von Oberfranken meinte, das geschehe „angeblich zur Fe-

stigung der Republik ... In Wirklichkeit ... zur Abwehr der nat. soz. Sturmtrupps“, zeigte das, daß er den Zusammenhang beider Motive nicht sah, aber natürlich die Gefahren dieser ‚Aufrüstung‘ von links. Rasch waren mehrere tausend aufgestellt, durch Uniformen oder zumindest schwarz-rot-goldene Bänder oder Totenkopf-Abzeichen formiert. Sie zogen gegen die „Hitleristen“ auf, attackierten deren Versammlungen und konnten sie zum Teil auch sprengen. Meist mit Umzügen, Liedern, Symbolen eingeleitet und durch Hetzreden und Alkohol befeuert, entstanden viele kleinere Zusammenstöße und manche „schwere Keileisen“ wie im September 1923 auf den Bahnhof von Pegnitz. Dort trafen Teilnehmer eines ‚Deutschen Tages‘ in Nürnberg auf Kommunisten. Beim Einfahren, so der Polizeibericht, „ertönen aus dem Zug Heilrufe, die ... auf dem Bahnsteig mit Pfuirufen, ‚Heil Moskau‘ und Schimpfnamen ... erwidert wurden. Daraufhin verließ ein großer Teil der ... Nationalsozialisten den Zug ... [So] konnten wir nicht verhindern, daß ein großer Teil ... über die Sperre sprang und mit Stöcken und Gummiknüppeln die Kommunisten vertrieb und auf sie einschlug.“

Im Herbst 1923, als die politische Polarisierung im Reich durch einen verschärften Rechtskurs in Bayern und durch die Aufnahme kommunistischer Minister in die SPD-Regierungen Sachsens und Thüringens ihren Höhepunkt erreichte, wurde der Nordsaum Frankens zum Heerlager. Hier konzentrierten sich schwer bewaffnete ‚vaterländische‘ Verbände, über der Grenze in Thüringen ‚Proletarische Hundertschaften‘. Wilde Umsturzgerüchte auf beiden Seiten, Schießereien zwischen Vorposten, die Ausplünderung von Juden und emporschnellende Kriminalität heizten eine veritable Bürgerkriegsstimmung an. Sie fiel erst zusammen, nachdem der Münchner Hitler-Putsch, der den Verbänden in Franken das Signal zum Losschlagen geben sollte, gescheitert war und eine Reichsexekution die ‚Volksfront‘-Regierungen in Sachsen und Thüringen beseitigt hatte.

Am Ende des Jahres war der politische Radikalismus rechts wie links durch sein Scheitern diskreditiert, war die bedrohte Einheit des Reiches gerettet und die Hyperinflation durch

eine Währungsreform gebrochen, die der Wirtschaft neues Vertrauen gab. Das öffentliche Leben in Franken normalisierte, die ökonomischen Vorgänge entspannten sich. Für einen Großteil der Bevölkerung begannen die guten Jahre der Weimarer Republik, in denen sich politische Ordnung und Wirtschaftsleben, befreit vom Druck der Extreme, auf einem Mittelweg zu festigen schienen. Es gab zwar noch ein Nachbeben. Der kläglich gescheiterte Putschist Hitler wurde nicht nur in völkischen Bürgerkreisen – etwa im Bayreuther Wagner-Zirkel um das Haus Wahnfried oder bei den Teeabenden „*treudeutscher Frauen*“ in Bamberg – zum sentimental verehrten Märtyrerkandidaten. Die Wahlen zum Landtag und zum Reichstag im März und Mai 1924 zeigten mit

dem spektakulären Erfolg des Völkischen Blocks, der für die verbotene NSDAP antrat, sein breites Echo. Erst bei der erneuten Reichstagswahl im Dezember dieses Jahres sanken die Rechtsradikalen fast zur Splitterpartei ab, die radikale Linke wurde es. Doch hinter der Szenerie einer nun durch gemäßigte Kräfte bestimmten, von der konservativen BVP dominierten politischen Kultur behielt der Kommunismus in Arbeiterkreisen ein nicht geringes, die Hitler-Bewegung vor allem im protestantischen Franken ein großes, sozial übergreifendes Potential. Beide sollten, als ab 1929 enorme wirtschaftliche Bedrängung die politische Enttäuschung über die Weimarer Demokratie aufreizte, überraschend virulent werden.

Bedrohte Republik: Politische Kultur in Franken von 1924 bis 1933

von

Rainer Hambrecht

Früher¹ als anderswo setzte Franken einen verhängnisvollen politischen Trend. Einen Trend, der in den Untergang der Weimarer Republik führen sollte. Denn hier bestimmte die NSDAP bereits zwischen 1924 und 1933 über weite Strecken maßgeblich das politische Geschehen. Wenn der Althistoriker Christian Meier in seinem lesens- und bedenkenswerten Buch „Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit“² einen breiten Konsens in der Notwendigkeit des Erinnerns an die beispiellosen Schrecken des Dritten Reichs sieht, dann muß Gleiches fraglos auch für deren Wurzeln in der Weimarer Republik gelten.

Anmerkungen zum Raumbegriff „Franken“

Allerdings bildete Franken vor 1945 keineswegs eine gleichförmige politische Landschaft. Zwar ergaben Ober-, Mittel- und Un-

terfranken zusammen den Reichswahlkreis 26, doch im Grunde war Franken strukturell zweigeteilt: auf der einen Seite Ober- und Mittelfranken, auf der anderen Unterfranken. Statistische Mittelwerte für ganz Franken verbargen die großen Unterschiede. Schon bei den Beschäftigten in Industrie und Handwerk bzw. Land- und Forstwirtschaft traten sie deutlich zutage. Im ersten Fall beliefen sich 1925 die Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk – mit industriellen Zentren im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen sowie im nordöstlichen Oberfranken – auf knapp 43 Prozent, in Unterfranken dagegen nur auf 26 Prozent. Komplementär setzte sich letzteres mit 54 Prozent der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten merklich vom übrigen Franken ab: Oberfranken: 42 Prozent; Mittelfranken: (trotz seiner nahezu rein agrarischen Westhälfte) 33 Prozent. Noch stärker differierten die beiden Regionen in der konfessionellen Ausrichtung; die Protestanten stellten 1933 in Ober- und Mittelfranken 65 Prozent der Bevölkerung, in Un-